

Putin will ran an russische Steuerflüchtlinge in Offshore-Zonen

Auf seiner Jahresansprache im Kreml gab der russische Präsident bekannt, dass russische Unternehmen in Offshore-Zonen bald in Russland Steuern zahlen müssen. Für Investoren in neuen Sonderwirtschaftszonen im Fernen Osten soll es dagegen eine fünfjährige Steuer-Pause geben.

Ulrich Heyden, Moskau

Die schlechte Wirtschaftskonjunktur sei kein Grund „die Latte zu senken“, erklärte Russlands Präsident Wladimir Putin auf seiner Jahres-Ansprache <http://eng.kremlin.ru/news/6402>, die er am Donnerstag zum 20. Jahrestag der russischen Verfassung im Georgi-Saal des Kreml hielt. Die Äußerung zielte auf die Beamten, welche die Ausführung der Präsidenten-Anordnungen vom Mai letzten Jahres „unzulässig in die Länge ziehen“. Die Bürger würden keine „kardinalen Veränderungen spüren“, schimpfte der Kreml-Chef vor den 1.000 Abgeordneten sowie Vertretern von Wirtschaft, Kirche und öffentlichem Leben. Mit seinen „Mai-Anordnungen“ hatte Putin vor einem Jahr gleich nach seinem Amtsantritt grundlegende Modernisierungen in der Wirtschaft und die schnelle Schaffung von neuen Arbeitsplätzen angekündigt. Doch wenig ist bisher passiert.

Wirtschaftswachstum von 8,5 auf 1,5 Prozent gefallen

Mit dem drastisch gesunkenen Wirtschaftswachstum gehen auch die Steuereinnahmen zurück. Aber darüber sprach Wladimir Putin bei seiner Jahresansprache nicht. Der Präsident wollte seinen Bürgern mit neuen Vorschlägen und Ideen Mut machen. 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum hat Russland nach Angaben des IWF in diesem Jahr erreicht. 2007 waren es noch 8,5 Prozent.

Im Saal saßen meist Männer in dunklen Anzügen. Sie guckten ernst. Manchmal, wenn Putin etwas Patriotisches, Aufrüttelndes sagte, klatschten sie. Die Fernsehkameras der Live-Übertragung hielten gnadenlos auf Gesichter hoher Beamter, denen die Augen fast vor Müdigkeit zuklappten. Nun, das Volk soll auch ein bisschen Spaß haben.

Mit der alljährlichen Ansprache im Kreml gibt der Kreml-Chef die Leitlinien für das nächste Jahr vor. Die Bürger wissen, es ist ein Ritual. Sie sind aber trotzdem gespannt. Kaum hatte Putin mit seiner Rede begonnen, gingen die Facebook-Einträge zurück.

Keine Staatsaufträge mehr für Steuerflüchtlinge

Den Oligarchen will Putin mal wieder ans Leder. Die Reichen ein bisschen an ihre staatsbürgerlichen Pflichten erinnern, das kommt bei den einfachen Russen gut an. Russische Unternehmen die in Offshore-Zone registriert sind, müssen in Zukunft in Russland Steuern zahlen, verkündet der Kreml-Chef mit Pathos in der Stimme. Russische Unternehmen in Offshore-Zonen sollen auch keine Kredite von Staatsbanken und Staatsaufträge mehr bekommen.

Es ist eigentlich erstaunlich, dass Putin sich erst jetzt zu dieser Maßnahme durchringt, aber die großen Konzerne, die auf den sonnigen Offshore-Inseln registriert sind, haben offenbar eine starke Lobby im Kreml. Putin gab bekannt, dass „ein Fünftel des russischen Exports“ mit einem Wert von 111 Milliarden Dollar - über in Offshore-Zonen registrierte Firmen russischer Eigentümer abgewickelt wird. Hinter diesen Zahlen steckten „direkte Verluste des Staates“, erklärte Putin. Um diese Verluste zu vermeiden, würden jetzt neue Regeln ausgearbeitet.

Fünf Jahre keine Steuern in sibirischen Sonder-Wirtschaftszonen

Gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise will Putin mit einem Paket aus markt-liberalen und staatlichen Hilfs-Maßnahmen zu Felde ziehen. Unternehmer, die im schwach entwickelten sibirischen Fernen Osten in eine Export-Industrie investieren, die nicht zum Öl-und Gas-Sektor gehört, verspricht der Präsident eine fünfjährige Pause bei den Gewinn-, Boden- und Eigentumssteuern. Die Entwicklung des Fernen Ostens sei eine beispiellose Aufgabe die ganze neue Maßnahmen erfordere, begründete der Kreml-Chef zu seinen Vorschlag.

Gastarbeiter sollen zum Kauf von Arbeits-Patenten gezwungen werden. So wolle man den Zustrom möglichst qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte erreichen. Elf Millionen Arbeits-Migranten halten sich dem jüngsten UNO-Bericht zurzeit in Russland auf, davon nach offiziellen russischen Angaben drei Millionen ohne gültige Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis. Man müsse die Unternehmer anhalten, dass für Arbeits-Migranten Sozialbeiträge bezahlt werden, fordert der Präsident.

Schlüsselwort „Effektivierung“

Ein Schlüsselwort, welches in der Rede immer wieder fiel, war „Effektivierung“. Medizinische Einrichtungen in Russland sollen miteinander um das beste Angebot konkurrieren, sagt der Präsident, zum Nutzen der Bürger versteht sich. Doch die Bürger klagen, dass Schmiergelder in russischen Krankenhäusern schon lange üblich und die kostenlose Versorgung durch die staatliche Pflichtversicherung immer seltener gewährt wird. Putin verspreche den „technologischen Durchbruch“, aber warum lege die Regierung dann die russischen Wissenschaftsakademien zusammen, und „zerstöre“ sie damit, twitterte der kommunistische Duma-Abgeordnete Waleri Raschkin.

In Menschenrechtlern will Putin keine Feinde mehr sehen. Er will sie unterstützen, allerdings nur die Menschenrechtler, welche „nicht politisch engagiert“ sind und sich „maximal an den Interessen und Problemen konkreter Bürger orientieren“. Die vor einigen Jahren geschaffenen „Gesellschafts-Räte“ sollen nicht „Dekoration“ sein, sondern „konstruktive Opponenten der Behörden“, meint der Kreml-Chef.

„Freche Kaukasier und korrupte Beamte“

Für die zunehmenden Spannungen zwischen Kaukasiern und Russen – die sich in Schlägereien, Volksversammlungen empörter Russen und auch Pogromen manifestieren - machte Putin eine „Internationale ohne Moral“ verantwortlich. Zu dieser „Internationale“ gehörten nach Meinung des Kreml-Chefs „freche Bürger“ aus dem Kaukasus, „korrupte Beamte“ in den Sicherheitsstrukturen, welche die „ethnische Mafia schützen“ und „sogenannte russischen Nationalisten“, die jeden Alltags-Konflikt zum Anlass für „blutige Skandale“ nehmen.

In Russland gelte es eine 1000jährige kulturelle Tradition zu bewahren, meint der Präsident. Im Gegensatz zum Westen, wo man sich jetzt zu "abstrakten Werten" bekenne, die zu einer Gesellschaft "ohne Geschlecht und Geburten" führen, werde man in Russland an traditionellen Werten festhalten. Die Stärkung der Familie, Religiosität und „Geistigkeit statt Orientierung auf des Materielle“ seien „konservative Werte“. Aber eben diese Werte seien geeignet, die Gesellschaft nach Vorne zu entwickeln.

575 Milliarden Euro werde man bis zum Jahr 2020 für die Modernisierung der russischen Armee ausgeben, teilte Putin mit. Die geplante Raketenabwehr der USA bezeichnete der Kreml-Chef als Teil einer „Angriffs-Strategie“. Zu den Pro-EU-Demonstrationen in der Ukraine erklärte Putin,

er „hoffe sehr“, dass es den politischen Kräften des Landes gelingt, „alle aufgelaufenen Probleme zu lösen“.

Ulrich Heyden, Moskau, 13.12.13

